

Slowakei:**Staatspräsident Gasparovic im Amt bestätigt
– Achtungserfolg für Oppositionskandidatin**

Bratislava/Prag, 8. April 2009

**Bericht aus aktuellem Anlass
N° 24/09**

von Dr. Borek Severa

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org

Der slowakische Staatspräsident Ivan Gasparovic ist für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Der von dem sehr populären (und populistischen) Regierungschef Robert Fico unterstützte Gasparovic setzte sich bei einer Stichwahl mit 55,4 % gegen die gemeinsame Kandidatin der bürgerlichen Opposition, Iveta Radicova, durch, die 44,6 % der Stimmen erreichte. Das Ergebnis der früheren Sozialministerin in der Regierung Dzurinda ist dennoch als Erfolg zu werten, hat doch vor allem die mit 51,7 % verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung (acht Prozent mehr als in der ersten Runde) Gasparovic zum Sieg verholfen. Um das höchste Staatsamt hatte sich auch die Chefin des außerparlamentarischen liberalen Freien Forums (SF), Zuzana Martinakova, beworben, obwohl ihre Chancen von vornherein als minimal eingestuft worden waren.

Gasparovic dank Premier Fico weiter im Amt

Der in der Slowakei als williger Gefolgsmann Ficos bekannte Gasparovic (67), der sich bislang eher als Sportfan, denn als Politiker einen Namen gemacht hat, ist in der Geschichte der seit 1993 eigenständigen Slowakei das erste Staatsoberhaupt, das wieder gewählt wurde. Zu verdanken hat dies Gasparovic nicht nur der massiven Unterstützung von Seiten des Regierungschefs sowie der mitregierenden, rechtsextremen Slowakischen Nationalpartei (SNS), sondern auch der „ungarischen Karte“, die namentlich die SNS gegen die Oppositionskandidatin Radicova (52) nach ihrem als Sensation gewerteten Erfolg in der ersten Runde der Direktwahl zog. „Es wäre eine Tragödie, wenn die ungarische Minderheit über den slowakischen Präsidenten entscheiden würde“, erklärte SNS-Chef Jan Slota damals.

Auch Gasparovic beschuldigte Radicova, sie habe als erste die „ungarische Karte“ gezogen, weil die knapp zehn Prozent der rund 5,4 Millionen Einwohner der Slowakei

stellende Bevölkerungsgruppe mit überwältigender Mehrheit (bis zu 88 Prozent) für sie gestimmt habe. Angesichts des fragilen slowakisch-ungarischen Verhältnisses hat der letztlich anti-ungarisch gestimmte Wahlkampf die politische Lage für die nationalpopulistische Regierung Fico erneut kompliziert, insbesondere im Süden des Landes. Auch bei der Stichwahl stimmten in der überwiegend von Ungarn besiedelten Region die meisten Wähler für Radicova.

Gasparovic nicht „Präsident aller Slowaken“?

Nach Aussage der studierten Soziologin Radicova hat die ungarische Minderheit kein politisches Problem mit den Slowaken, sondern macht sich Sorgen wegen der großen sozialen Probleme in den ungarischen Siedlungsgebieten. Für die sollte sich ein slowakisches Staatsoberhaupt interessieren; entsprechend seien Gasparovics Verbalattacken auf diese Minderheit kontraproduktiv. Der Staatschef habe sich als „Präsident al-

ler Slowaken" zu verstehen, wozu auch die ungarische Bevölkerungsgruppe gehöre. Ähnlich dachten wahrscheinlich die Einwohner der bereits multiethnisch geprägten Hauptstadt Bratislava, denn auch hier lag die Kandidatin der christdemokratisch-bürgerlichen Opposition, die in ihren Regierungszeiten der Slowakei harte (aber erfolgreiche) Reformen auferlegt und deshalb abgewählt worden war, mit 61,2 Prozent bei der Stichwahl deutlich vor Gasparovic. Und dies, obwohl die einflussreiche katholische Kirche anfangs Radicova wegen ihrer liberalen Haltung zur Abtreibung sowie ihrer nicht in den heiligen Bund der Ehe übergegangenen neuen Partnerschaft – sie ist Witwe – als Präsidentschaftskandidatin abgelehnt hatte.

Radicova bezauberte durch Kompetenz und Charme



Die einstige Arbeits- und Sozialministerin in der Regierung Dzurinda und frühere Professorin für Soziologie an amerikanischen und britischen Universitäten, punktete dabei vor allem mit ihrer eigenen Person. Selbst in den härtesten Fernsehduellen mit Gasparovic wirkte Radicova kompetent, charmant und gelassen. Die 52-Jährige kündigte unterdessen an, sie werde möglicherweise bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in fünf Jahren wieder antreten. Großes Vorbild für Radicova, die unterdessen als mögliche Nachfolgerin des unpopulären Ex-Premiers Mikulas Dzurinda an der Spitze der stärksten Oppositionspartei, der Christdemokratischen Union (SDKU), gehandelt wird, ist im Übrigen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Opposition weiter uneins

Um das höchste slowakische Staatsamt hatten sich außer Amtsinhaber Gasparovic und Ivetta Radicova fünf weitere Kandidaten beworben, darunter die Vorsitzende des außerparlamentarischen liberalen Freien Forums (SF), Zuzana Martinakova. Für Beobachter war dabei von vornherein klar, dass nur die gemeinsame Kandidatin der bürgerlichen Opposition, Radicova, eine Chance in dem Rennen haben könnte. Zuzana Martinakova, die auf ihren journalistischen Hintergrund bauen konnte, schlug sich zwar in den TV-Debatten am besten, schied aber erwartungsgemäß bereits in der ersten Wahlrunde mit 5,12 Prozent der Wählerstimmen aus. Zum Vergleich: Gasparovic war in der ersten Runde auf 46,70 und Radicova auf 38,95 Prozent gekommen. Dieses Ergebnis war von den Medien als Triumph der Oppositionskandidatin eingestuft worden, weil Gasparovic in allen Umfragen bereits in der ersten Runde über 50 Prozent lag und wieder gewählt werden sollte. Der Erfolg von Radicova gab zugleich der seit knapp drei Jahren in einer tiefen Krise steckenden, bürgerlichen Opposition neuen Auftrieb.

Andererseits zeigte sich hier erneut die Uneinigkeit der Opposition, denn keiner der in der ersten Wahlrunde unterlegenen drei bürgerlich-liberalen Kandidaten gab danach eine eindeutige Empfehlung zur Wahl von Radicova ab. Auch SF-Chefin Martinakova überließ diese Entscheidung den Wählern.

Nicht von ungefähr bezeichnete Ministerpräsident Fico nach dem Sieg seines Favoriten Gasparovic die Medien als die eigentliche Opposition im Land und kündigte an, wegen der Unterstützung vor allem der beiden großen Tageszeitungen „Smer“ und „Pravda“ für Radicova noch schärfer als bisher gegen Journalisten vorgehen zu wollen. Denn die Bevölkerung hat der Populist Fico auf seiner Seite, obwohl deren bescheidener Wohlstand und im Prinzip auch die zu Jahresbeginn erfolgte Einführung des Euro auf den Reformen seines christdemokratischen Vorgängers Dzurinda basieren.

Bedeutung für die Arbeit der FNF

Auf die Projektarbeit der FNF hat das Ergebnis keinen unmittelbaren Einfluss. Allerdings hätte es die Stiftung lieber gesehen, wenn sich die bürgerlichen Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hätten. Insbesondere die Kandidatur der SF-Vorsitzenden Zuzana Martinakova war kontraproduktiv und mehr durch persönliche Eitelkeit als durch politische Reife motiviert. Auf der anderen Seite konnte Martinakova ihre Partei vor den Europawahlen profilieren. Es bleibt zu hoffen, dass die liberalen Kräfte – hier insbesondere das Freie Forum und Liga – für die Parlamentswahlen im Mai 2010 eine gemeinsame Liste zustande bringen.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam